

## «Es kann für die Kantone mega kompliziert werden»

**Die Initiative «Späterer Eintritt in die Berufslehre» war eines von vier Volksbegehren, über das im Rahmen der jüngsten Session des Planspiels «SpielPolitik!» von vier Schulklassen in Bern entschieden wurde. Synes Ernst\* beschreibt, wie der Meinungsbildungsprozess in der vorberatenden Kommission und anschliessend in der Fraktion verlaufen ist. Politische Bildung ganz konkret!**

«Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, werte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Initiative 'Späterer Eintritt in die Berufslehre' haben wir abgelehnt, weil es nicht eine nationale, sondern eine kantonale Entscheidung sein sollte. Wir haben zwar alle 9 obligatorische Schuljahre, aber es gibt wichtige Unterschiede zwischen den Schulsystemen. Zum Beispiel der Eintritt ins Gymi, der in Zürich eine Prüfung fordert, im Tessin aber mit einem Notendurchschnitt von 4,5 möglich ist. Daher bedeutet es für alle etwas Anderes, ein 10tes Schuljahr zu haben. Auch muss man auf die Kosten schauen, für zusätzliches Material und Lehrkräfte. Ein möglicher Gegenvorschlag hätte vorgesehen, den Besuch des Kindergartens um ein Jahr zu verlängern. Doch dieser wurde von der Kommission abgelehnt wegen der Kosten und Komplikationen bei der Umsetzung. Ausschlaggebend war am Schluss, dass es für jeden Kanton etwas Anderes heisst, ein 10tes Schuljahr zu haben, also schlagen wir vor, dass die Angelegenheit in den Kantonen geregelt wird. Wir empfehlen daher, die Initiative abzulehnen.»

Diesen Text liest Kalliopi Nanopoulos im Nationalratssaal, wo sich dieser Tage 58 Schülerinnen und Schüler aus vier Schulklassen aus Zürich und Mendrisio als «Nationalrätinnen» und «Nationalräte» zur Mai-Session versammelt haben. Im Rahmen des Planspiels «SpielPolitik!» entscheiden sie über vier eidgenössische Volksbegehren (siehe Kasten).

### Mehrere Hüte

Kalliopi Nanopoulos trägt an diesem Mittwoch mehrere Hüte, nicht nur jenen der «Nationalrätin». Zum einen ist sie Schülerin in der Klasse Gir von der Schule Lachenzelg in Zürich, die sich für das Spiel den Namen BPS-Bildungspartei Schweiz gegeben hat. Kalliopi Nanopoulos ist deren Präsidentin und damit praktisch erste Sprecherin für die von der BPS lancierte Initiative «Späterer Eintritt in die Berufslehre». Wie alle ihre Kolleginnen und Kollegen ist sie Mitglied der Fraktion BPS und gehört der BPS-Vertretung in der Kommission an, welche die Initiative zuhanden der Nationalratsversammlung vorberät. Weil Kalliopi Nanopoulos mit der Initiative so gut vertraut ist, ist es fast selbstverständlich, dass sie als Sprecherin die Haltung der Kommission vor dem Plenum vertritt.

Die Volksinitiative «Späterer Eintritt in die Berufslehre» fordert eine obligatorische Schulzeit von zehn Schuljahren. Bund und Kantone hätten dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen genügend Zeit für die Berufswahl zur Verfügung steht: Die Begründung: «Viele Jugendliche fühlen sich mit 13 bzw. 14 Jahren noch zu jung, um sich bereits auf die Berufswahl einzulassen und sich für einen Beruf zu entscheiden.»

## **Bund ist nicht zuständig**

In seiner Stellungnahme zur Volksinitiative erinnert der «Bundesrat» daran, dass «das Schulwesen eine der wichtigsten Zuständigkeiten der Kantone» und der Bund im Bereich der Schulen nur über begrenzte Befugnisse verfüge. Er schreibe einzig vor, dass der Grundschulunterricht «obligatorisch, unentgeltlich und ausreichend» sein müsse. Dieses «bewährte» System möchte der Bundesrat beibehalten, schreibt er weiter. Er teilt aber die Einschätzung der Initiantinnen und Initianten, dass die Jugendlichen heute sehr früh gezwungen seien, sich für einen Beruf zu entscheiden. Diese Wahl sei für die Betroffenen von weitreichender Bedeutung. Entsprechend wichtig sei es, dass die Jugendlichen gut vorbereitet würden und ihnen dafür genügend Zeit zur Verfügung stehe. Doch dafür sei nicht der Bund zuständig, sondern das sei Sache der Kantone. Aus diesen Gründen empfiehlt der Bundesrat der «Bundesversammlung», die Volksinitiative Volk und Ständen «mit Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung zu unterbreiten».

Hier die bundesrätliche Botschaft, dort die BPS-Volksinitiative – damit ist der Rahmen für die Diskussion in der «Kommission» abgesteckt, welche das Geschäft für die Session vom kommenden Tag vorberät. Die Kommissionsdebatte sollte am Schluss in einen Antrag an das Parlament münden – Annahme oder Ablehnung der Volksinitiative bzw. Ablehnung der Volksinitiative, dafür Gegenvorschlag.

## **Zeit ist knapp**

Etwas mehr als zwei Stunden haben die aus vier verschiedenen Schulhäuser («Fraktionen») stammenden 14 Kommissionsmitglieder Zeit, um sich auf eine Haltung zu einigen, die Kommissionsmeinung, die an der Session präsentiert werden soll. Das ist äusserst knapp. Die Schülerinnen und Schüler kommen zwar mit schriftlichen Dossiers gut vorbereitet in die Sitzung, doch sie kennen einander nicht (ausser jene von der eigenen Fraktion) und sitzen hier in einem Café des Berner Generationenhauses zum ersten Mal einander gegenüber. Leider unterbleibt zu Sitzungsbeginn eine gegenseitige Vorstellung. Hinzu kommt, dass die Diskussion zweisprachig geführt wird, deutsch und italienisch. Es wird zwar übersetzt, aber doch recht mangelhaft, was den Austausch nicht gerade erleichtert.

Nachdem die Initianten das Volksbegehren kurz vorgestellt haben, werden sie von der Sitzungsleitung aufgefordert, einige Argumente zugunsten ihres Anliegens vorzubringen. Mehr Zeit für die Berufswahl würde Druck von den Jugendlichen wegnehmen. Es sei unglaublich viel, was auf die 13- und 14-Jährigen zukomme. Ein Jahr später seien die Jugendlichen reifer, die Berufswahl würde besser, und es käme garantiert zu weniger Lehrabbrüchen.

## **Persönliche Betroffenheit**

In der Kommissionssitzung kommen die Gegenargumente vor allem von den Vertreterinnen und Vertretern der PSG (Partito Stipendio Genitori) der Klasse 4C aus Mendrisio. Bei ihnen im Kanton Tessin lasse sich die Initiative gar nicht umsetzen, da das Schulsystem ganz anders sei und nicht mit jenem des Kantons Zürich vergleichen lasse. Allein aus diesem Grund finden es die Tessiner Schülerinnen und Schüler richtig, dass jeder Kanton die Frage des Schuljahresbeginns für sich entscheide.

Als Beobachter spürt man: Die Jugendlichen behandeln ein Thema, von dem sie persönlich betroffen sind. Die Berufswahl geht sie alle direkt etwas an, anders etwa als die Forderung nach einem Tempolimit auf den Autobahnen oder die Regulierung der Innentemperaturen in

Geschäftsräumen. Die persönlichen Erfahrungen werden etwa deutlich bei den Einwänden zur Feststellung der Tessiner, es gebe an den Schulen doch Einrichtungen, welche die Jugendlichen bei der Berufswahl unterstützten, wie die Berufsberatung.

### **Kein Gehör für Gegenvorschlag**

Ratlosigkeit herrscht. «So kommen wir doch zu keinem Schluss», meldet sich jemand. «Wenn wir eine Idee haben, seid ihr nicht einverstanden. Und wenn ihr etwas wollt, passt es uns nicht.» Müsste man da nicht einen Kompromiss in Form eines Gegenvorschlags suchen? Eine entsprechende Idee ist bereits formuliert worden – den Eintritt in den Kindergarten um ein Jahr verschieben mit dem Effekt, dass die wichtigen Entscheide, wie die Berufswahl, ein Jahr später getroffen würden. Obwohl er mehrere Anläufe nimmt, findet Kommissionsmitglied Juan Fares, Vertreter der PDS (Partei der Solarenergie) vom Schulhaus Lachenzelg in Zürich, kein Gehör für sein Anliegen. Die Kommissionsmehrheit zweifelt daran, ob sich damit die Probleme bei der Berufswahl lösen könnten. Dafür würden andere neu geschaffen, etwa bei der Betreuung der Kinder bei einem späteren Eintritt in den Kindergarten.

Nach einer weiteren – eher chaotischen – Diskussionsrunde kommt die Kommission zum Schluss, es sei wohl am besten, wenn die Kantone in eigener Kompetenz über den Beginn der obligatorischen Schulzeit entscheiden würden. Acht Kommissionsmitglieder folgen dem Antrag des Bundesrates, sechs enthalten sich der Stimme.

Nach der Kommissionssitzung geht es zurück in die Fraktion. Deren Aufgabe ist es nun, die Haltung zu den vier Initiativen zu bestimmen, die am nächsten Tag an der Session behandelt werden. Hier interessiert namentlich, wie sich die BPS-Fraktion, dazu stellt, dass Bundesrat und vorbereitende Kommission ihr Volksbegehren ablehnen.

### **Letzter Rettungsversuch scheitert**

Begeistert ist die Fraktion logischerweise nicht, dass die Kommission sich mehrheitlich gegen ihre Initiative ausgesprochen hat. Die Vertreterinnen und Vertreter in der Kommission berichten sachlich über den Verlauf der Debatte und illustrieren anhand der unterschiedlichen Schulsysteme in Zürich und im Tessin, wie schwierig es wäre, eine für die ganze Schweiz einheitliche Lösung umzusetzen. Deshalb stelle man den Antrag, den Kommissionsentscheid zu unterstützen.

«Wir haben uns so lange und so intensiv mit dem Thema beschäftigt. Wollt ihr nun alles einfach so über den Haufen werfen?» Klassenlehrer Gianpaolo Gir wagt einen letzten Rettungsversuch für die BPS-Initiative. Es gebe ja heute schon ein 10. Schuljahr, wenn auch nicht obligatorisch, zudem sei das Ganze zu teuer, «und es kann für die Kantone mega-kompliziert werden», kontern seine Schülerinnen und Schüler. Die Kommissionsdebatte hallt eindeutig nach. Und weil es gemäss Reglement von «SpielPolitik!» nicht mehr möglich ist, in dieser Phase noch einen Gegenvorschlag einzureichen, ist die Sache erledigt. Und so spricht sich eine grosse Mehrheit der Fraktion dafür aus, dass ihre Initiative Volk und Ständen mit der Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet wird.

Nun muss noch bestimmt werden, wer die Haltung der Fraktion am nächsten Tag an der Session im Nationalratssaal bekanntgibt und begründet. Weil ihre Kollegin Kalliopi Nanopoulos bereits als Sprecherin für die Kommission engagiert ist, übernimmt Iniya Gnanakkannan diese Aufgabe für die Fraktion.

\*\*\*

Im Nationalrat hat die Initiative «Späterer Eintritt in die Berufslehre» keine Chance: Mit 36:0 Stimmen wird die Ablehnung bestätigt, die sich im Verlauf des parlamentarischen Entscheidungsprozesses, an dem Bundesrat, Kommission und die Fraktionen beteiligt waren, abgezeichnet hat.

*\* Synes Ernst war früher Bundeshausjournalist und ist heute Mitglied des Vorstands «Schulen nach Bern»*

### **Die vier Initiativen**

In der zweiten Mai-Session von «Spiel-Politik!» wurden die folgenden vier Volksinitiativen behandelt:

- Initiative «Regulierung der Innentemperatur in Geschäften», eingereicht von der ZsZ – Zürcher soziale Zukunft an der Schule Milchbuck, Zürich,
- Initiative «Förderung der Solarenergie für eine unabhängige und nachhaltige Schweiz», eingereicht von der PDS – Partei der Solarenergie am Schulhaus Lachenzeig, Zürich (Klasse Glünkin),
- Initiative «Mindestlohn für Personen, die ihre Kinder zu Hause betreuen», eingereicht von der PSG – Partito Stipendio Genitori aus Mendrisio (Klasse 4C),
- Initiative «Späterer Eintritt in die Berufslehre», eingereicht von der BPS – Bildungspartei Schweiz am Schulhaus Lachenzeig, Zürich (Klasse Gir).